



Blaue Post

ZEITUNG DER AfD-FRAKTION SACHSEN



EINE PATRIOTISCHE WENDE IST MÖGLICH!

JÖRG URBAN S. 12



NOTE SECHS...

für Nationalhymne? S. 3



PFLEGE – DRHAM!

Mehr Geld für Angehörige! S. 5



BÜROKRATIE

... im Handwerk beseitigen! S. 7



ASYLLOBBY PLEITE

U-Ausschuss der AfD wirkt! S. 8



KÖPPING-SKANDAL

Steuergeld für den Sohnmann? S. 9



KEINE WINDRÄDER

in unseren schönen Wäldern! S. 11

Keine Politisierung unserer Schulen!

Im Humboldt-Gymnasium in Radeberg wurde die AfD auf einer Schautafel öffentlich angeprangert. Unter anderem wurde darauf wahrheitswidrig behauptet, das AfD-Programm fordere, „die positiven Aspekte des Nationalsozialismus im Schulunterricht“ zu thematisieren.

Nachdem der AfD-Abgeordnete Timo Schreyer den Vorfall öffentlich machte, verschwand der Aufsteller am nächsten Tag. Laut AfD-Anfrage (7/16102) wurden durch Schüler „auf einem Blatt Aussagen fehlerhaft zusammengefasst“. Zuvor hätten Lehrer angeblich „stichpunktartig“ die Richtigkeit geprüft. „Aus meiner Sicht wurde hier das Neutralitätsgebot der Schulen ganz klar missachtet, weil ausschließlich

die AfD negativ dargestellt wurde“, erklärt Schreyer. „Die Entfernung der Anti-AfD-Propaganda ist für mich ein eindeutiges Schuldeingeständnis, auch wenn CDU-Kultusminister Christian Piwarz das in meiner Anfrage anders sieht.

Wir wollen für unsere Kinder eine politisch neutrale Schule mit echter Meinungsfreiheit. Es darf keine Indoktrinierung oder Überwältigung der Schüler durch die Lehrer geben. So schreibt es der Beutelsbacher Konsens vor.“



Unterrichtsausfall hat sich verdoppelt ...



„Schon vor zehn Jahren war der Lehrermangel in Sachsen ein politisches Dauerthema“, erklärt der bildungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Dr. Rolf Weigand. „Die CDU wechselte seitdem zwar zweimal den Kultusminister aus. Das Ergebnis ist jedoch ernüchternd: Statt das Problem zu lösen, ist es unter Christian Piwarz weiter angewachsen.“

Die Gründe dafür liegen auf der Hand: So ist z.B. eine fünfstellende Zahl an ausländischen Schülern dazugekommen, die kein Deutsch sprechen. Wie soll das funktionieren?

„Schon vor vielen Jahren hätte die Regierung unsere Idee pädagogischer Hochschulen in ländlichen Regionen aufgreifen müssen, um schnell und kompakt mehr Lehrer auszubilden. Zudem ist es ein Irrweg, die

wenigen vorhandenen Lehrer und Quereinsteiger zu zermürben, indem man sie vor Klassen stellt, in denen kaum ein Schüler die Sprache des Lehrers versteht“, so Weigand.

Eine weitere, von der AfD-Fraktion vortragene Möglichkeit, den Lehrermangel zumindest kurzfristig einzudämmen, sind Kooperationen mit Sportvereinen bzw. Musikschulen. Denn dann hat der Sport-Biologie-Lehrer mehr Zeit für Biologie. Auch das setzte die CDU nicht um.

Die generelle Verweigerungshaltung der CDU gegenüber der AfD-Fraktion wird also auf dem Rücken unserer Kinder ausgetragen. Dabei sind sie, unsere Kinder, unsere Zukunft! Machen Sie also endlich Ihre Hausaufgaben, Herr Piwarz! Abschreiben bei der AfD-Fraktion ist hier ausnahmsweise einmal erlaubt!

Von August 2023 bis Anfang 2024 fielen in Sachsen rund 1,6 Millionen Unterrichtsstunden aus. In etwa jede zehnte Stunde konnte nicht gehalten werden, musste CDU-Kultusminister Christian Piwarz einräumen. Das ist abermals ein neuer Höchststand. Im Vergleich zum Beginn der Legislaturperiode hat sich damit der Unterrichtsausfall verdoppelt.

AUFGEDECKT: Riesige Summe an Steuergeldern für linke Band!

Große Aufregung im MDR-Fernsehen und der Presse: „Millionenförderung für linke Band“, titelte das Freilich-Magazin. Die Dresdner Neuesten Nachrichten (DNN) dagegen: „AfD Sachsen will Förderung musikalischer Demokratieförderprojekte streichen“.

Was war passiert?

Mit einer Kleinen Anfrage (Drs. 7/15857) deckte der kulturpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Thomas Kirste, verblüffend hohe Zahlungen der Regierung an die Musiker der „Banda Comunale“ auf.

„Allein seit 2019 erhielt die Banda Comunale über eine Million Euro Steuergelder von der Sächsischen Staatsregierung“, rechnet

Kirste vor. Der selbst erklärte Auftrag der Musiker: der Kampf gegen „rechte Strömungen“. So steht es auf ihrer Website. Zudem wollen sie, dass „dieses Bundesland (also Sachsen) in der Realität eines Einwanderungslandes ankommt“.

Für ihre ideologischen Zwecke tingeln die Musiker steuergeldfinanziert von Schule zu Schule, um vor politisch noch vollkommen unerfahrenen Kindern zu agitieren. Darüber hinaus beteiligt sich die Banda Comunale an Antifa-Demos.

Übrigens: Im Wahljahr 2024 gibt es für die Musiker „zufällig“ besonders viel Geld (231.737,31 Euro). Wir finden: Für solche Projekte darf kein Cent an Steuergeldern mehr ausgegeben werden.



Note Sechs für das Singen der Nationalhymne?

Nationalstolz, statt Selbsthass!



In Riesa sollten Schüler einer 8. Klasse ein frei gewähltes Lied singen. Als mehrere Jugendliche die deutsche Nationalhymne auswählten, erhielten sie eine Sechs mit Bleistift und sollen von der Lehrerin als „Nazis“ beschimpft worden sein. Eine AfD-Anfrage im Stadtrat brachte den ungeheuerlichen Vorfall an die Öffentlichkeit.

Der Schuldirektor bestätigte laut der Sächsischen Zeitung die Ereignisse. Nur das Wort „Nazi“ wäre angeblich nicht gefallen. Wir sagen ganz klar: Solche Zustände darf es an sächsischen Schulen nicht länger geben. Nur wer stolz auf sein Land ist, engagiert sich auch mit Leidenschaft für seine Heimat.

Die Nationalhymne sollte ein wichtiger Bestandteil des Unterrichts sein. Unsere Schüler sollen sie selbstverständlich auch singen dürfen. Die AfD-Fraktion hat sogar beantragt, die deutsche Nationalhymne zu besonderen Anlässen öffentlich zu singen (7/14324).

Klinik-Schließungen stoppen!



Auf dem Deutschen Ärztetag in Mainz gab es zuletzt massive Kritik an der umstrittenen Krankenhausreform von SPD-Gesundheitsminister Karl Lauterbach. Es drohen zahlreiche Kliniken geschlossen zu werden.

„In Sachsen wurden bereits seit der Wende unter der CDU-Regierung fast 50 Kliniken geschlossen“, erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Frank Schaufel.

Die letzten Opfer waren das Krankenhaus in Reichenbach und die Kinderkliniken in Erlabrunn, Weißwasser, Leisnig und Lichtenstein. Andere Kliniken sind finanziell so angeschlagen, dass weitere Schließungen bevorstehen.

Sachsen hat mittlerweile die geringste Krankenhausedichte in ganz Deutschland. Schwangere müssen teilweise sehr weite Strecken fahren, um zu entbinden. Familien haben es schwer, kranke Angehörige zu besuchen.

„Unsere Krankenhäuser wurden von der CDU regelrecht kaputtgespart“, kritisiert Schaufel. „Laut der sächsischen Krankenhausgesellschaft leiden die Kliniken im Freistaat unter einem Investitionsstau von inzwischen bis zu 700 Millionen Euro. In den Haushaltsverhandlungen haben wir regelmäßig mehr Geld für die Kliniken gefordert und wurden von der Staatsregierung abgebügelt. Diese falsche Politik gegen die eigenen Bürger muss beendet werden.“

Schluss mit „LUXUS-RENTEN“ für Regierungsvertreter!

Allein für sechs Jahre Amtszeit erhält CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer später eine monatliche Pension von 8.673,16 Euro. Um diese Maßlosigkeit zu beenden, hat die sächsische AfD-Fraktion einen Gesetzentwurf zur Kürzung dieser „Luxus-Renten“ der Regierung vorgelegt (Drs. 7/15595). Dieser Gesetzentwurf wurde Mitte April in einer öffentlichen Anhörung im Rechtsausschuss behandelt.

„Frauen erhalten in Sachsen durchschnittlich eine Rente von 1.150 Euro. Bei Männern sind es 1.371 Euro. Das heißt: Die Schere zwischen einem normalen Arbeitnehmer und Regierungsvertretern geht sehr, sehr weit auseinander“, moniert der AfD-Abgeordnete André Wendt. „Es freut mich sehr, dass unser Gesetzentwurf nun von renommierten Juristen als verfas-

sungskonform eingeschätzt wurde. Sie betonten außerdem, dass unsere Vorschläge weit über den zumutbaren Untergrenzen liegen.“

Auch in Zukunft werden die Minister und der Ministerpräsident also im Alter genug Geld erhalten. Aber sie werden nicht mehr früher als alle anderen ihr sogenanntes Ruhegehalt bekommen. Und sie müssen überschaubare Kürzungen hinnehmen.

„Meiner Meinung nach ist es nicht vermittelbar, wenn Ministerpräsidenten oder MDR-Intendanten bis zu 18.000 Euro an Altersbezügen pro Monat erhalten. Mit der Hälfte davon hätten sie immer noch ein Vielfaches im Vergleich zum normalen Arbeitnehmer“, unterstreicht Wendt.



EMPÖREND: Behinderte Menschen werden für politische Agitation missbraucht

Neben Unternehmen, Gewerkschaften und Kirchen werden nun sogar Menschen mit Behinderung von vernetzten linken Akteuren für den „Kampf gegen rechts“ vereinnahmt.

Der Hintergrund: Als Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat Gudrun Petzold Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) kontaktiert, um Praxiseinblicke zu erhalten.

Sie stieß jedoch oft auf eine zuerst unerklärliche Zurückweisung. Doch nach einer Mitteilung vom Geschäftsführer einer WfbM, „Lebenshilfe und AfD sind unvereinbar!“, wurden ihr schlagartig die Verhaltensweisen der Verantwortlichen der WfbM klar.

Bei nachfolgenden Recherchen entdeckte sie den Anti-AfD-Ratgeber „Empfehlungen zum Umgang mit der AfD“ der in der Behindertenhilfe maßgeblichen Bundesvereinigung Lebenshilfe. Außerdem unterzeichneten 15 Sozialverbände den hetzerischen Anti-AfD-Aufruf „Wachsam sein für Menschlichkeit“ vom 26. April 2018. Das ist inakzeptabel!

Petzold protestierte daraufhin am 5. April 2024 beim sächsischen Landesbeauftragten für Inklusion. Sie forderte, dass die optimal funktionierenden Werkstätten, die für unsere behinderten Bürger definitiv ein erfülltes Leben absichern, nicht unnötig und unrealistisch zweckentfremdet, überlastet und damit sinnlos zerstört werden.



2.380 € FÜR PFLEGE-PLATZ: Sachsen muss häusliche Pflege stärken!



Laut der Dresdner Morgenpost sind in Sachsen die durchschnittlichen Eigenanteile für einen Platz in einem Pflegeheim auf monatlich 2.380 Euro gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr beträgt der Anstieg 200 Euro.

Unsere Meinung dazu: Die sich immer weiter ausbreitende Altersarmut in Sachsen ist eine Schande und zeigt das Totalversagen der Regierung.

Wer jahrzehntelang hart gearbeitet und Kinder großgezogen hat, darf nicht mit einer mickrigen Rente von knapp über 1.000 Euro pro Monat abgespeist werden. Besonders entwürdigend ist es, wenn

unsere Senioren dann für einen Pflegeplatz eine utopische Rechnung präsentiert bekommen und so zum Sozialfall werden.

Von der sächsischen Regierung erwarten wir, dass sie hier endlich gegensteuert. Die Eigenanteile professioneller Pflege ließen sich senken, indem der Freistaat Sachsen die Investitionskosten der Einrichtungen übernimmt.

Darüber hinaus muss die häusliche Pflege gestärkt werden. Wer sich um seine Eltern oder Großeltern in den eigenen vier Wänden kümmert, sollte dafür eine angemessene finanzielle Unterstützung erhalten. Damit sich die Betreuung zu Hause umsetzen lässt, fordern wir ein sächsisches Landespflegefördergeld (Drs. 7/5242) und den Ausbau spezieller Wohnformen.

In Infrastruktur investieren statt City-Maut einführen!

Der Leipziger SPD-Oberbürgermeister Burkhard Jung will die „Verkehrswende“ mit einer City-Maut finanzieren. Auf die AfD-Anfrage (7/14891), ob die Landesregierung dieses Vorhaben unterstütze, signalisierte SPD-Verkehrsminister Dulig Zustimmung. Die sächsischen Städte könnten die Einführung einer City-Maut selbst bestimmen, so Dulig.

Tobias Keller, verkehrspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, kritisiert dieses Vorhaben: „Wir wollen nicht, dass es sich nur noch Spitzenverdiener leisten können, mit dem Auto in der Stadt zu fahren. Zudem ist die City-Maut eine



reine Abzocke, um normal verdienende Autofahrer zum Umstieg auf den ÖPNV zu zwingen. Dabei wird vergessen, dass viele Senioren, Familien und Pendler auf ihr Auto angewiesen sind.“

Statt die Bürger abzuzocken, sollte die Regierung endlich Steuergelder sinnvoll und nachhaltig für den Erhalt der Infrastruktur einsetzen. Bis 2030 müssen einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik zufolge 372 Milliarden Euro für Straßen, Brücken und Schienen ausgegeben werden. Werden Sie also tätig, Herr Dulig! Es gibt viel zu tun.

STRUKTURAUSBAU in der Lausitz statt UNSINNIGE WERBEKAMPAGNEN!



Um den Strukturwandel in der Lausitz voranzubringen, nimmt die sächsische Regierung viel Steuergeld in die Hand. Aber für die richtigen Maßnahmen?

Der AfD-Abgeordnete Roberto Kuhnert wunderte sich zum Beispiel über die Werbekampagne „Hier wird was!“ des Regionalministeriums. 57 Abonnenten (Stand: Mitte Mai 2024) konnten mit dieser Maßnahme für einen entsprechenden Youtube-Kanal begeistert werden.

Die Kosten dieser mäßig erfolgreichen Kampagne fragte Kuhnert nun ab (Drs. 7/15701). Das Ergebnis: 101.901,10 Euro kostete der „Spaß“. Kuhnert dazu: „Sowohl die Kampagne der sächsischen Regierung als auch des Landkreises Görlitz, der die Lausitz als ‚Unbezahlbarland‘ anpreist, sind zum Fenster herausgeschmissenes Geld. Ich vermute sogar, dass die Vermarktung als Unbezahlbarland schädlich ist.“

Statt Werbemaßnahmen zu finanzieren, für die sich niemand interessiert, sollte sich die Regierung auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Die Lausitz braucht schnell eine bessere Verkehrsanbindung und muss Energieregion bleiben! Das gilt es sicherzustellen!

Handwerk stärken und von Bürokratie befreien!



Mit einem neuen Antrag will die AfD-Fraktion das sächsische Handwerk stärken, finanziell unterstützen und von unnötiger Bürokratie befreien (7/16209). Denn: Das Handwerk ist das Rückgrat der sächsischen Wirtschaft. Jeder siebte Erwerbstätige und jeder vierte Lehrling arbeiten hier.

„Doch seine Zukunftsaussichten sehen aufgrund falscher Politik nicht gut aus: Die ausufernde Bürokratie schreckt immer mehr Handwerksmeister davon ab, einen neuen Betrieb zu

gründen oder einen etablierten zu übernehmen. Zusätzlich muss insgesamt die Attraktivität des Handwerks gestärkt werden“, fordert der handwerkspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Mario Beger.

„Der Freistaat sollte deshalb den Meisterbonus erhöhen, die Technikerausbildung zur Hälfte übernehmen und eine Prämie für die Gründung eines neuen Betriebes zahlen. Zudem soll die Vorfalligkeit der Sozialversicherungsbeiträge abgeschafft und die Aufbewahrungspflicht von Rechnungen auf fünf Jahre gekürzt werden.“

CDU-Steuer-Erhöhung WAR SCHWERER FEHLER!



Im Jahr 2023 wurden in Sachsen 362,6 Millionen Euro an Grunderwerbsteuer gezahlt. CDU-Finanzminister Hartmut Vorjohann hatte sich 664 Millionen Euro erhofft. Zwischen dem sogenannten Haushaltsplanansatz und dem tatsächlichen Steueraufkommen besteht somit ein Unterschied von über 300 Millionen Euro. Das ergab eine Kleine Anfrage (Drs. 7/15870) des regionalpolitischen Sprechers der sächsischen AfD-Fraktion, Thomas Thumm.

„Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer durch die CDU von 3,5 auf 5,5 Prozent hat die ohnehin bestehende Baukrise noch einmal verschärft. Im Endeffekt kann es sich nun so gut wie niemand mehr leisten, ein Eigenheim zu bauen“, kritisiert Thumm.

Die CDU hat damit vor allem unsere ländlichen Regionen geschwächt, weil junge Familien fehlen, die aus den Städten aufs Land ziehen, obwohl der Wunsch danach weitverbreitet ist. Die AfD-Fraktion fordert, die Grunderwerbsteuer abzuschaffen oder zumindest für die nächsten Jahre temporär auszusetzen, um Bauen und Wohnen günstiger zu machen.

„Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich betonen, dass es möglich ist, Finanzspekulationen mit Immobilien zu besteuern, aber die steuerfreie Selbstnutzung von Grundstücken zu eigenen Wohnzwecken durchaus sinnvoll wäre und aus unserer Sicht der Königsweg ist“, erklärt Thumm.

AFD-FRAKTION WIRKT: Asyllobby pleite!

In einem Untersuchungsausschuss durchleuchtet die AfD-Fraktion gerade den SPD-Förderumpf. Zur Erinnerung: SPD-Sozialministerin Petra Köpping unterstützte jahrelang die linke Asyllobby mit äußerst fragwürdigen Methoden, bis es dem Rechnungshof zu bunt wurde und er das Sozialministerium unter Korruptionsverdacht stellte.

Nachdem bereits ein SPD-Staatssekretär entlassen wurde, geht es nun auch der Asyllobby an den Kragen: Der Dachverband sächsischer Migrantenorganisationen (DSM) musste nun Insolvenz beantragen. Der Grund: Der Asylverband muss laut Medieninformationen zu Unrecht erhaltene Gelder an die Sächsische Aufbaubank zurückzahlen. Zudem wurde der Förderan-



trag des Verbands für 2024 seitens der Bank abgelehnt (Drs. 7/16080).

„Bei der Förderung des Dachverbandes der Migrantenorganisationen handelte es sich eindeutig um Vetternwirtschaft. Das sieht man allein daran, dass der grüne Bundestagsabgeordnete Kassam Saleh im Vorstand sitzt“, erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban. „Der Verband kümmerte sich darüber hinaus nach Erkenntnissen des Rechnungshofs kaum um Integration. Vielmehr mischte er sich in die Politik ein und agitierte auf Steuerzahlerkosten gegen die AfD. Damit ist nun zum Glück Schluss! Das zeigt: Der von der AfD-Fraktion durchgesetzte U-Ausschuss zeigt Wirkung!“

Einbürgerungen in Sachsen auf Höchststand: Keine deutschen Pässe verramschen!



Im letzten Jahr wurden 2.548 Ausländer in Sachsen eingebürgert. Damit hat sich die Zahl der Einbürgerungen seit 2015 mehr als verdoppelt (AfD-Anfrage 7/14001).

In Zukunft wird diese Zahl weiter drastisch zunehmen. Bisher mussten ausländische Antragsteller mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben. Die Ampelregierung hat diese Frist auf bis zu drei Jahre abgesenkt. Selbst für Bürgergeld-Empfänger, die nicht arbeiten gehen, wurden Ausnahmeregelungen eingeführt. Gegen diese Aufweichungen hatte die AfD-Fraktion bereits Stellung bezogen (7/14874).

„Das Verramschen deutscher Pässe muss aufhören“, erklärt der AfD-Abgeordnete Alexander Wiesner. „Wir fordern eine Verschärfung der Einbürgerungspraxis wie in Dänemark. Dort wurde die Frist auf neun Jahre erhöht – vorausgesetzt der Anwärter hat die gesamte Zeit ununterbrochen in Dänemark gelebt.“

Zusätzlich wurden die Anforderungen für den Einbürgerungstest in Dänemark verschärft. Mittlerweile schafft nur noch die Hälfte der Antragsteller die vorgegebenen Sprach- und Heimatkenntnisse. Außerdem müssen alle männlichen Antragsteller einer Frau die Hand schütteln. Radikale Moslems sollen so abgeschreckt werden.

SPD-Sumpf um Ministerin Köpping: Steuergeld für den eigenen Sohn?

Laut Eigenangaben auf LinkedIn arbeitete Harald Köpping Athanasopoulos, der Sohn von SPD-Sozialministerin Petra Köpping, bis Mai 2022 insgesamt fünf Jahre und neun Monate beim Verein „Arbeit und Leben Sachsen“.

Der Verein betreibt – wiederum laut Eigenangaben – sowohl „politische Bildung“ als auch Integrationsarbeit. Harald Köpping Athanasopoulos war in diesem Verein „seit 2016 in verschiedenen Aufgabenbereichen“ tätig – zuletzt als Fachbereichsleiter Migration/Integration.

Brisant: Laut der Drucksache 7/4621, einer Kleinen Anfrage der AfD-Abgeordneten Martina Jost, erhielt der Verein für ein Integrationsprojekt sowie Projekte zur Stärkung der „interkulturellen Verständigung“ Fördermittel vom Freistaat Sachsen. Über die vom Rechnungshof scharf kritisierte „Richtlinie Integrative Maßnahmen“ flossen an den Verein in den Jahren 2017 bis 2020 insgesamt 214.711,47 Euro. Zuständig für diese Richtlinie ist bis heute Köppings Sozialministerium.

Allein zwischen 2017 und 2019 wurden damit vor allem Personalkosten in Höhe von 183.535,09 € beglichen. Auch in den

Folgejahren erhielt der Verein jeweils rund 100.000 € vom sächsischen Sozialministerium (Drs. 7/14519 und Drs. 7/10958).

Ein weiterer Beleg für die mutmaßliche Nähe zwischen Ministerin Köpping, dem geförderten Verein und Harald Köpping Athanasopoulos findet sich in einer Broschüre von „Arbeit und Leben e.V.“ aus dem Jahr 2019 (Titel: „Zukunft mit Perspektive. Integration in den Arbeitsmarkt erfolgreich gestalten“). Mitglied der Redaktion war laut Impressum Harald Köpping Athanasopoulos. Eine Seite weiter wird dann angegeben, dass die Finanzierung der Broschüre aus Projektmitteln erfolgte. Geldgeber waren sowohl das sächsische Wirtschaftsministerium als auch Köppings Sozialministerium mit den „Integrativen Maßnahmen“. In der Broschüre kommen sowohl Frau Köpping (S. 26) als auch ihr Sohn (S. 16) zu Wort.

Die Schwiegertochter von Petra Köpping, Alexandra Athanasopoulou Köpping, arbeitet indes für das Deutsch-Griechische Jugendwerk (DGJW) am Standort Leipzig. Ordentliches Mitglied im DGJW ist nun wiederum Petra Köppings Staatssekretärin Dagmar Neukirch. Das DGJW wurde unter anderem initiiert von der deutschen Bundesregierung. Zugleich führt der Verein

„Arbeit und Leben“ das DGJW als eines seiner Programme.

Sowohl Alexandra Athanasopoulou Köpping als auch Harald Köpping Athanasopoulos sind laut einem „taz“-Bericht SPD-Mitglieder. Bei einem Hausbesuch der Zeitung lobten sie die Politik der „Mutti“. Zu den Enthüllungen um Petra Köpping erklärt der finanzpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, André Barth: „Der Rechnungshof hat bei den Integrativen Maßnahmen von Frau Köpping schwerwiegende Verstöße gegen das Rechtsstaatsprinzip festgestellt. Zudem monierte er problematische Verflechtungen und Näheverhältnisse. Obwohl selbst die Innenrevision des Sozialministeriums die Vorwürfe des Rechnungshofs bestätigte, streitet Petra Köpping bis heute die Korruptionsaffäre vehement ab.“

Martina Jost, gesellschaftspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, ergänzt: „In den letzten Monaten hatte Petra Köpping mehrmals die Gelegenheit, reinen Tisch zu machen. Statt Transparenz herzustellen, hat Ministerin Köpping aber wesentliche Details verschwiegen. Sie hat damit ihre eigene Vetternwirtschaft nur noch schlimmer gemacht.“



Grüner Minister hat regionale Landwirtschaft kaputtgemacht!

Laut Statistischem Landesamt ist die Zahl der Schweine und Rinder in Sachsen auf den tiefsten Stand seit 1992 gesunken. Die Zahl der Schweine nahm in den letzten fünf Jahren sogar um rund 32 Prozent ab.

„Die Sachsen wollen regionale Nahrungsmittel und keine Billigimporte aus dem Ausland, die unter geringen Umwelt- und Sozialstandards produziert wurden“, beschwert sich Jörg Dornau, agrarpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion.

„Das geht bereits bei der Milch los, die schon jetzt in erheblichem Umfang aus Polen und Tschechien kommt. Der Rückgang der regionalen Tierhaltung unter dem grünen Agrarminister Wolfram Günther ist deshalb fatal.“

Günther redet zwar den ganzen Tag von regionaler Landwirtschaft, wirft den hei-

mischen Bauern aber ständig neue Knüppel zwischen die Beine. Ob bürokratische Auflagen für Tierhalter, Düngeverbote, Flächenstilllegung oder die Bevorzugung ökologischer Landwirtschaft auf Kosten der konventionellen Bauernhöfe: Günther will unsere Landwirtschaft für das Klima opfern.

„Im Gegensatz dazu will die AfD-Fraktion die Selbstversorgung mit regionalen Nahrungsmitteln sichern. Im Landtag haben wir deshalb ein Nothilfeprogramm für Schweinehalter beantragt (7/8876). Weiterhin fordern wir eine auskömmliche Investitionsförderung und Bürokratieabbau beim Bau von Ställen (7/13155). CDU-Ministerpräsident Kretschmer muss sich vorhalten lassen, dass es ein schwerer Fehler war, das wichtige Agrarministerium einem grünen Ideologen zu überlassen“, so Dornau.



3,5 FUSSBALLFELDER für jedes Windrad im Wald...

Der forstpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, René Hein, hat sich mit einer Kleinen Anfrage (Drs. 7/16061), danach erkundigt, wie groß die „Flächeninanspruchnahme“ von Windindustrialanlagen im Wald ist. Antwort der Regierung: Es werde zwar offiziell nur mit 0,46 Hektar Wald je Anlage gerechnet (etwas mehr als ein halbes Fußballfeld), die dauerhaft in Anspruch genommen werden müsse.

Die tatsächliche Flächeninanspruchnahme ist aber de facto viel größer: So muss der grüne Umweltminister Wolfram Günther in seiner Antwort einräumen, dass

im Landkreis Görlitz für fünf Windräder 12,5 Hektar an Waldfläche benötigt werden. Das sind insgesamt 17,5 Fußballfelder bzw. pro Anlage ca. 3,5 Fußballfelder.

Zu den Ergebnissen erklärt Hein: „Vor allem durch die Anlagenerrichtung werden riesige Waldflächen in Mitleidenschaft gezogen. Es ist unsinnig, diese Waldflächen zu opfern und dafür in Aussicht zu stellen, in der Nähe entsprechende Neuaufforstungen vorzunehmen. Neben den Umweltschäden möchte ich auch vor dem bürokratischen Aufwand dieses Verfahrens warnen. Windkraft im Wald sollte deshalb grundsätzlich untersagt sein.“

130 NEUE WINDRÄDER? KERNKRAFT IST BESSER!



Unter der Regierung Kretschmer laufen aktuell 130 Genehmigungsverfahren für neue Windräder. Das sind so viele wie noch nie.

„Herr Kretschmer tut immer gern so, als wäre er ein Kritiker der sogenannten Energiewende“, erklärt der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Jan Zwerg. „Dabei ist er genauso der Klima-Hysterie verfallen wie seine grünen Koalitionspartner. Durch den weiteren Ausbau von Sonnen- und Windenergie macht Kretschmer unsere Stromversorgung teuer und unsicher.“

Kein Industrieland kann mit einer Energiequelle versorgt werden, die bei Dunkelheit und Windflaute keinen Strom liefert. Zusätzliche Backup-Kraftwerke und ein aufwändiger Netzausbau machen diesen Strom unbezahlbar. „Offenbar ist Kretschmer genauso wie sein grüner Energieminister ein Grundlast-Leugner. Oder ihm fehlen schlichtweg die naturwissenschaftlichen Kenntnisse“, kritisiert Zwerg. „Hinzu kommt: Die CDU will in Sachsen selbst in unsere Wälder Windindustrieanlagen stellen, obwohl sie im Koalitionsvertrag das

Gegenteil versprach. Mit diesem Irrweg muss Schluss sein.“

Auch der Bundesrechnungshof hat inzwischen die Sonne- und Wind-Ideologie der Altparteien gerügt. „Die Versorgungssicherheit ist gefährdet, der Strom ist teuer und Auswirkungen der Energiewende auf Landschaft, Natur und Umwelt“ würden von der Regierung massiv unterschätzt.

Jan Zwerg dazu: „Der Rechnungshof bestätigt nun das, was die AfD-Fraktion seit Jahren sagt: Kernkraft und Kohle als Basis unserer Energieversorgung! Wind und Sonne können immer nur eine Ergänzung sein, niemals aber die Grundversorgung liefern!“



Impressum

Herausgeber:	AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden
E-Mail:	presse@afd-fraktion-sachsen.de info@afd-fraktion-sachsen.de
Redaktion: V.i.S.d.P.:	Felix Menzel Bernd Lommel
Druck: Auflagenhöhe: Ausgabe:	Druckhaus Scholz GmbH 180.000 Stk. Nr. 40/ Juni 2024
Fotonachweise:	www.pixabay.com/falco: S. 1 (oben links), www.pixabay.com/sabinevanerp: S. 1 (oben mitte), www.pixabay.com/Ralphs_Fotos: S. 1 (oben rechts), www.pixabay.com/Chronomarchie: S. 1 (unten links), www.pixabay.com/Tama66: S. 1 (unten rechts), www.pixabay.com/katermikesch: S. 8 (oben), www.pixabay.com/distelAPPArath: S. 11 (unten)

Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.



AfD-Fraktion im Web:
afd-fraktion-sachsen.de



AfD-Fraktion bei facebook:
facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen



AfD-Fraktion bei Twitter:
twitter.com/AfD_SLT



AfD-Fraktion bei youtube:
<http://bit.ly/1L9TbIf>

Hinweis

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden!



Eine patriotische Wende ist möglich!

Europa wendet sich vom Linkskurs ab. Dafür stehen Ungarn, Dänemark und neuerdings auch die Niederlande. Die neue Koalition in den Niederlanden kündigte die „schärfste Asylpolitik aller Zeiten“ an. Das beinhaltet Grenzkontrollen mit Zurückweisungen und konsequente Abschiebungen.

Auch darüber hinaus kann sich die Koalitionsvereinbarung sehen lassen: Die neue Regierung will die Abgabenlast für die Bürger massiv senken. Sie will Kindergärten „beinahe gratis“ machen und das Kindergeld erhöhen.

Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk soll dafür ordentlich gespart werden. Ebenso werden etliche Beamtenstellen gestrichen. Zudem werden die Subventionen für „erneuerbare Energien“ und Entwicklungshilfe gesenkt.

Im Gegenzug plant die Regierung den Bau von vier neuen Kernkraftwerken und will in günstige neue Wohnungen investieren. Freuen können sich auch die Bauern über die neue Koalition: Sie werden nicht länger mit weltfremden Klimabestimmungen schikaniert.

Es bleibt natürlich abzuwarten, wie viel die Koalition davon tatsächlich in den nächsten Jahren umsetzt. Eins steht jedoch

schon heute fest: Eine patriotische Wende hin zu einer bürger-, familien- und wirtschaftsfreundlichen Politik ist realistisch und wurde in vielen europäischen Staaten bereits eingeleitet.

Ungarn unter Viktor Orban demonstriert zum Beispiel eindrucksvoll, wie es gelingen kann, die Geburtenrate zu steigern. Während in Sachsen nur 34,7 Prozent der Bürger Wohneigentum besitzen, sind es in Ungarn über 90 Prozent, weil kinderreiche Familien hohe Zuschüsse für den Bau bzw. Kauf eines Hauses erhalten.

Darüber hinaus hat Ungarn der zerstörerischen Gender-Ideologie den Kampf angesagt. Während in Deutschland in Zukunft pubertierende Jugendliche jährlich ihr Geschlecht und ihren Namen ändern dürfen, ist in Ungarn die Werbung für Geschlechtsoperationen untersagt.

Ein weiteres Vorbild für einen tiefgreifenden Kurswechsel ist Dänemark. Dort haben ausgerechnet die Sozialdemokraten die Migrationspolitik des Landes umgekrempelt. Infolgedessen sind die Asylanträge auf wenige tausend pro Jahr gefallen. Abschauen können wir uns von Dänemark zudem die Maßnahmen zur Integration. Einwanderer, die den dänischen Pass erhalten möchten, müssen einen anspruchsvollen Einbürgerungstest bestehen.

Erfolgreich sind dabei nur 50 Prozent. Frühestens ist eine solche Einbürgerung in Dänemark nach neun Jahren möglich. In Deutschland wurde die Frist indes auf fünf Jahre im Regelfall und auf drei Jahre für spezielle Ausnahmen gesenkt. Und weil das alles noch nicht reicht, hat die sächsische, CDU-geführte Regierung ein Integrationsgesetz beschlossen, das durch die Hintertür eine Migrantquote für die Verwaltung vorsieht.

Selbstverständlich werden wir diese Migrantquote sofort wieder abschaffen, sobald wir in Regierungsverantwortung sind. Gleiches gilt für die Rundfunkzwangsgebühren, den forcierten Bau von Windrädern im Wald und viele andere Projekte der CDU-Regierung.

Schlechte Gesetze zu beseitigen, reicht aber freilich nicht aus. Deshalb werden wir uns an den erfolgreichen patriotischen Politikern aus Dänemark, Ungarn und den Niederlanden orientieren.

Genauso wie diese Länder kann Sachsen familienfreundlich werden. Genauso wie diese Länder kann Sachsen eine vernünftige Energiepolitik betreiben. Und genauso wie diese Länder kann Sachsen die Masseneinwanderung in unsere Sozialsysteme beenden, um eine soziale Politik für die eigenen Bürger zu starten.